

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	53. Plenarsitzung Gemeinderat
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Termin:	23.09.2008
vom: 12.06.2008	Vorlage Nr.:	1512
eingegangen: 12.06.2008	TOP:	13
	Verantwortlich:	öffentlich Dezernat 5
Bessere Information über Verglasungsanlage und weitere Rückbaumaßnahmen im ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe		

- Kurzfassung -

Die Stadtverwaltung hat die Situation des Rückbaus der Wiederaufbereitungsanlage geprüft und wo erforderlich in ihrem Zuständigkeitsbereich Vorkehrungen getroffen.

Bei den anderen Beteiligten wird die Stadtverwaltung entsprechend dem Antrag vorstellig werden.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:					
Ergänzende Erläuterungen:					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>		abgestimmt mit StW		

Zu 1) Information des Gemeinderats

Bereits im Februar 2008 waren Vertreter/-innen des Umwelt- und Arbeitsschutzes der Stadtverwaltung zu einem Informationsgespräch in der Verglasungsanlage. Die Stadtverwaltung wird die zuständigen Stellen bitten, weitere Informationsveranstaltungen für den Gemeinderat und seine Gremien über den Stand der Verglasungs- und Rückbauarbeiten im Forschungszentrum Karlsruhe durchzuführen (in Sitzung ergänzt: oder im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit.)

Zu 2) Information über Katastrophenschutzpläne

Die Erstellung und Fortschreibung der Katastrophenschutzpläne für kern-technische Anlagen ist in Baden-Württemberg den Regierungspräsidien übertragen worden. Für das nachgefragte Objekt hat das Regierungspräsidium Karlsruhe (Referat 14 - Kommunal- und Sparkassenwesen, Feuerwehr und Katastrophenschutz) schon vor 25 Jahren einen besonderen Katastrophenschutzplan erstellt, der seitdem kontinuierlich fortgeschrieben und an die aktuellen Verhältnisse angepasst wurde. Konzeptionell bildet dieser Plan einen übergeordneten Rahmen mit definierten Aufgaben und Schnittstellen, der auf Ebene der Kreise und Städte durch Einsatzpläne konkretisiert und ergänzt werden soll. Inhalte dieses Plans sind:

- Festlegung der Meldewege zwischen Betreiber und Behörden
- Festlegung der Meldewege zwischen Behörden
- Vorplanung eines Messeinsatzes mit Kräften des Betreibers, LUBW und Einheiten des Katastrophenschutzes
- Definition von drei Alarmstufen (Informationsstufe, Katastrophenvoralarm, Katastrophenalarm) in Abhängigkeit von der im Ereignisfall zu erwartenden Strahlenexposition
- Vorplanung von Maßnahmen in Abhängigkeit von der Alarmstufe

Der Oberbürgermeister wird das Regierungspräsidium bitten, den Plan im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vorzustellen.

In Ergänzung zu dem zuvor genannten KatS-Einsatzplan wurde seitens der Branddirektion als Untere Katastrophenschutzbehörde der Stadt Karlsruhe, ein Sondereinsatzplan erstellt, der die Aufgabenverteilung und Maßnahmen für das Stadtgebiet Karlsruhe konkretisiert. Im Sinne der Kompatibilität zum übergeordneten Rahmenplan wird die gleiche Systematik verwendet, wobei allen Aufgaben und Maßnahmen verantwortliche Einheiten, Personen und Funktionen zugeordnet sind. Lageabhängig ist der Einsatz des Führungsstabs der Feuerwehr und des Verwaltungsstabs der Stadt Karlsruhe geplant, deren Aufbau und Aufgabenteilung im Allgemeinen Katastrophenschutzplan (AEP) der Stadt Karlsruhe beschrieben sind. Die Branddirektion wird den Sondereinsatzplan im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit erläutern.

Zu 3) Wasserwerk Hardtwald

Nach Rücksprache mit den Stadtwerken, führt das Forschungszentrum Karlsruhe ein vom Umweltministerium angeordnetes Untersuchungsprogramm durch, in dem die relevanten Parameter 2-mal jährlich am Wasserwerk Hardtwald als Referenzmessstelle untersucht werden. Dieses Programm reicht nach Auffassung der SWK auch für die geplante Verglasungsmaßnahme aus. Die SWK werden im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit darüber berichten.

Zu 4) Transparentes Messeprogramm

Unter <http://brsweb.lubw.baden-wuerttemberg.de> sind die aktuellen Stundenmittelwerte der Ortsdosisleistung im Umfeld von Kernkraftwerken abrufbar.

Die Stadtverwaltung wird das Umweltministerium bitten zu prüfen, ob hier auch Messdaten aus dem Überwachungsmessnetz im Forschungszentrum Karlsruhe angeboten werden können.

Meldepflichtige Ereignisse und Befunde in baden-württembergischen Kernkraftwerken werden vom Umweltministerium umgehend veröffentlicht und sicherheitstechnisch bewertet. Um eine schnelle Information der Öffentlichkeit sicherzustellen, haben diese Informationen teilweise vorläufigen Charakter.

Die aktuellen Hinweise finden sich unter

<http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35986/> .

Zu 5) Langzeitmessungen

Die Stadtverwaltung wird beim Bundesamt für Strahlenschutz anregen, bei künftigen Langzeitstudien zu gesundheitlichen Auswirkungen der Radioaktivität auch den Raum Karlsruhe zu berücksichtigen.